

Lucerner Tagblatt.

Abonnementpreise:
Durch die Post best. Fr. 12. 80 3 Monate Fr. 3. 40
für Lucern zum Bringen „ 12. — „ 6 — „ 3. —
„ „ Abholen „ 10. — „ 5 — „ 2. 50
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Redaktions- und Expeditionsbureau: St. Jakobstrasse Nr. 11
Filiale der Expedition am Kornmarkt.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

N^o 105.

Insertionspreise:
Für Stadt und Kantons-Courier und die am Kopf der Zeitungsblätter genannten Anzeigen
Die einpaltige Zeitzeile oder deren Raum . . . 10 Cts.
Wiederholungen . . . 8 „
Für die übrige Schweiz und das Ausland:
Die einpaltige Zeitzeile oder deren Raum 15 Cts., Wiederholungen 10 Cts.
Preis der Kellame-Zeile (Zeit-Schrift): 50 Cts.
Literat-Annahme (größerer bis 9 Uhr, kleinere bis 10 1/2 Uhr) in dem
Expeditions-Bureau St. Jakobstrasse und Filiale Kornmarkt.

Freitag, 5. Mai 1893. (Jeden Freitag die belleristische Beilage „Wöchentliche Unterhaltungen“ alle vierzehn Tage das „Ausbildungsblatt“, Gemeinnützige Blätter.)

Erstes Blatt.

Inhalt des ersten Blattes: Die Stanserhornbahn. — Der erste lichte Krebsunterricht in Deutschland. — Bürgermässigkeit. — Kurland. — Bernische Geschichtsalbender.

Lucerner Geschichtsalbender.

1801. Einhebung der Kapelle in Blatten, welche während mehrerer Jahrhunderte das Ziel vieler Wallfahrer war.
1594. Das Kloster Oberseen wird mit St. Jakob vereinigt.
1686. Räte und Runder in Lucern übergeben das Kloster in Westen an den Franziskanern.

Die deutsche Militärvorlage.

Der alte Satz: „Wenn Du den Frieden willst, so bereite Dich auf den Krieg vor!“ wird in den europäischen Kulturstaaten auf die Spitze getrieben. Gerade jetzt markten sie in Berlin um eine Gesetzvorlage, die für den Fall ihrer Annahme eine sehr erhebliche Steigerung der deutschen Wehrkraft bedeutet.

Wir haben das Wort „markten“ gebraucht; es ist ganz zutreffend. Seit Wochen sind verschiedene an der Arbeit, das Angebot und die Nachfrage zu regeln und eine Verständigung durch gegenseitiges Nachgeben herbeizuführen. Schon von Anfang an schien die Vorlage der Regierung für einen Markt eingerichtet zu sein; alle Welt, außer der Regierung, fand die Forderung sei eine exorbitante; die Erhöhung der Mannschaffsziffer übersteige das wirkliche Bedürfnis weit, und die Vermehrung der Militärlast würde für das deutsche Volk nicht zum Aushalten sein. Das war vor Monaten. Seither hat die Stimmung umgeschlagen. Noch jetzt wird zwar die Forderung der Regierung als eine übermäßige tadelnd; aber man ist bereit, derselben den größten Teil zu bewilligen, und die Regierung, die anfangs und in der Zwischenzeit teuer und heilig versichert, sie könne es ohne das Verlangen gar nicht machen, sie müsse den letzten Mann und die letzte Mark gemäß der Vorlage haben, wenn nicht das deutsche Reich in seiner Existenz gefährdet werden solle, ist auf einmal geneigt, sich mit weniger zu begnügen. Man wird dabei lebhaft an die landläufige, populäre Maxime erinnert: „Wilst Du ein Kalb u. i. w.“

Der Umfang der Stimmung im Volk und im Parlament wurde mit den nämlichen Mitteln herbeigeführt, die auch anderwärts üblich sind. Die Regierung eröffnete einen Preisbewerb, in welchem sie dem deutschen Volke Himmel und Erde herausgeschob. Auch Volkerversammlungen wurden arrangiert, ein erstrebliches Ziel, das man auch im monarchischen Deutschland mit der öffentlichen Meinung mehr rechnet, als früher. Für die widerständigen Parlamentarier wurde der Popanz der Auflösung des Reichstages aufgestellt. So vollzog sich, langsam, aber stetig, eine Wandlung der Meinungen. Was früher in diesem Entwicklungsgange waren die Vermittlungsausschüsse Bennigsen, Richter und Huene.

Wenn jenen wollte statt der von der Regierung geforderten Mannschaffserhöhung von 60,000 Mann nur 45,000 Mann bewilligen, und die Erhöhung der Mannschaffsziffer nach gewisser Zeit eintreten lassen, immerhin nicht in dem Umfang, wie sie die Regierung verlangte (83,000). Der Antrag behielt der Regierung nicht. Die Deutschfreisinnigen, mit Richter an der Spitze, verlangten die dauernde versorgungsmässige Sicherstellung der zweiwöchigen Dienstzeit bei den Fußtruppen und Normierung der Friedensstärke in der jetzigen Höhe von 486,983 Mann für 1 1/2 Jahre. Für die Regierung war dieser Vorschlag selbstverständlich noch viel weniger annehmbar, als der von Bennigsen. Dann kam nach der Benennung Huene mit einem Vorschlag zur Güte. Er bietet, wie wir bereits gestern mitteilten, 53,500 Rekruten; von der geforderten Gefamterhöhung der Mannschaffsziffer werden 70,000 bewilligt; die Erhöhung beginnt mit 49,000 und erreicht 70,000 innert drei Jahren; die zwei- 14 jährige Dienstzeit wird für fünf Jahre gesetzlich fixiert.

Dieser letzte Antrag schien nun, wie schon Dienstag vorläufig, Aussicht auf Erfolg zu haben. Der Oberbürgermeister von Stauffacher vernahm nach an, die Sache sei nun vollständig im Wei, als er den Kaiser in seiner Begrüßungsvorlesung bekanntgab. Doch war noch bis Donnerstag Mittag nichts davon bekannt, daß eine Mehrheit für den Nationalliberalen scheinen dafür gewonnen zu sein. Das Zentrum aber hat mit großem Mehr auch diese Vorlage abgelehnt, und es ist deswegen innerhalb der Fraktion nicht nur zu einer erregten Debatte, sondern sogar zu einem Bruch gekommen. Letzterer wird wohl nicht unheilbar sein, und vielleicht bedingt die Regierung die Widerspruchsbildung gegen denselben auf freipolitischen Boden, so daß die Webrigen sich nicht mehr nachfolgen werden, die bereits die desigentlichkeit dieser Opposition eingestellt haben.

Wenn man sich auch die Deutschfreisinnigen. In einer Fraktionsung am 1. Mai nahmen von 67 Mitgliedern

47 teil. Ein Beschluß betreffend Wiederbringung der in der Militärkommission gestellten (und bereits oben erwähnten) Anträge wurde mit 38 gegen 9 Stimmen gefaßt; die Minorität behielt sich freie Hand für eine etwaige Verständigung mit der Regierung auf Grundlage einer andern Präsenzziffer vor, unter der Voraussetzung, daß sich für eine Verständigung eine Mehrheit finde. Am Reichstag ist der Fraktionsantrag, unterzeichnet von 41 Mitgliedern, eingereicht worden; es fehlen also die Unterschriften von 26 Mitgliedern, worunter Hänel, Geize, Alexander Meyer, Richter, Simons, Stauffacher, Widrandt und Witte.

Die Angst vor der Auflösung des Reichstages wird sehr wahrscheinlich eine genügende Anzahl von Reichstagsabgeordneten zum Antrage Huene bekehren. Neumaßen können unangenehme Uebererwägungen bringen, und Parteien, deren Verträge gelockert ist, haben allen Grund, den Beschlußfällen eines Wahllampjes auszuweichen, der sich wesentlich um die Frage dreht, die einen Sieg in die Partei gebracht.

Mittwoch wurde die Sache im Reichstag behandelt. Berliner Telegramme berichteten uns am Abend des genannten Tages folgendes:

Gröber berichtet über die Kommissionsbeschlüsse und erklärt mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung der Mehrheit der Kommission, das Ausland werde das deutsche Volk geneigt finden, wenn es gelte, für die Verteilung des Vaterlandes Opfer zu bringen (allseitiger Beifall). Differenzen zwischen den Parteien bestanden nur bezüglich der Frage, ob es nicht besser wäre, die Kräfte des Volkes im Frieden möglichst zu schonen (Beifall links und im Zentrum).

Capriotti dankt den Konserverativen, daß sie auf die Seite der Regierung gestanden. Es handelt sich um die Ehre, die Erziehung und die Zukunft Deutschlands (Unruhe links). Die veränderten Regierungen werden alle versorgungsmässigen Mittel anwenden, um das Ziel zu erreichen (Bravo). Die Ablehnung des Gesetzes würde die politische Lage verschlechtern. Auch Bismarcks einziges diplomatisches Genie hielt eine Verstärkung für unerlässlich. Es mag dahingestellt bleiben, ob das Heer gegenwärtig auch nur für die strategische Offensive gegen Frankreich allein hinreicht. Es handelt sich um die Zukunft Deutschlands (Widerpruch links). Wir wollen im Kriegsfalle (Gefühlstränen) beschützen können (Beifall). Die Regierungen sind bereit, den Antrag Huene anzunehmen. Der Reichstag möge dazu helfen und vorzulegen, was für die Ehre und Sicherheit Deutschlands notwendig ist.

Huene begründet seinen Antrag und weist auf die Folgen eines Konfliktes zwischen Regierung und Volksetretung im Falle der Verwerfung hin.

Donnerstag war Fortsetzung der Beratung. Ueber das Weitere geben die heutigen Depeschen Auskunft.

Eidgenossenschaft.

— Postregalgesetz. (Mittelt.) Die Kommission des Nationalrates betreffend das Postregalgesetz war vom 1. bis 4. Mai in Lucern verammelt und hat den Gesetzesentwurf in vier Sitzungen durchberaten. Anwesend waren sämtliche Mitglieder: Ruz (Präsident), Ador, Bonjanigo, Guénat, Curti, Eckenstein, Kurz von Wall (Mitwahlen) und Zuberbühler. Den Verhandlungen wohnten Bundesrat Kemp und, auf ergangene Einladung hin, Weltpräsident Höhn bei; ferner waren anwesend von der Bundespräsidenten Kommission Hüner (Präsident) und Schubiger. Mehrere Eingaben, darunter eine solche des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, kamen zur Verlesung.

Eingehend behandelt wurde zunächst die Frage der Regalpflicht von Zeitungen, und mit Mehrheit einigte sich die Kommission vorläufig darauf, daß die politischen Zeitungen dem Regal unterstellt werden sollen. Dabei würde jedoch das Besondere und Betragen von Zeitungen, sowie anderer regalpflichtiger Sachen am Ort ihres Erscheinens gestattet sein, wenn es durch den Eigentümer selbst oder durch von ihm bestellte Personen geschieht. Die Interessen des schweizerischen Buchhandels glaubte die Kommission dadurch zu wahren, daß sie nur verschlossene Briefe und Karten mit schriftlichen Mitteilungen (Postkarten) regalpflichtig erklärte, so daß Verkauf und Abrechnungsgeld wie bisher in die buchhändlerischen Sammelungen aufgenommen werden dürfen.

Durch eine Protokoll-Erklärung soll ferner ausgeprochen werden, daß der schweizerische Buchhandel im inländischen Verleher Sammelungen wie bisher vornehmen kann. Angenommen wurde der Artikel 5 des bundesrätlichen Entwurfs, welcher besagt: „Der Bundesrat kann, wenn genügende Gründe es rechtfertigen und unter Festsetzung bestimmter Grenzen, weitere Ausnahmen vom Postregal gestatten.“

Bei Beratung des Abchnittes über die Postbeförderung nahm die Kommission einen Antrag an, welcher die Postverwaltung berechtigt, verbotene Lotterielose, die sich in offenen Briefen befinden, nicht zu befördern. Mit allen gegen zwei Stimmen erfolgte die Annahme des Grundgesetzes der Postpflicht in den Entwurf und zwar entgegen dem Antrage

des Bundesrates, welcher die Entschädigung auf höchstens 12,000 Fr. beschränken wollte, der unbegrenzten Haftpflicht, wie sie für die Eisenbahnen und Dampfschiff-Unternehmungen besteht.

Die Kommission lud den Bundesrat ein, ihr bei ihrem Wiederzusammentritt Mitteilung darüber zu machen, in welcher Weise und ob nicht durch eine kleine Erhöhung der Personenzahltragten der Ausfall, der dem Fiskus durch die Haftpflicht-Entschädigungen erwachsen wird, ersetzt werden könnte. Die Artikel über die Haftpflicht der Post für Sachen wurden mit Redaktionsänderungen angenommen. Hinsichtlich der Entschädigungspflicht bei verspäteter Beförderung von Personen, worüber der Entwurf nichts enthält, ist der Bundesrat ersucht, Vorschläge zu machen. Die Abschnitte über die Strafbestimmungen und Uebergangsbestimmungen sind fast unverändert angenommen worden.

Die Kommission versammelt sich von neuem in den ersten Tagen der Juniession, um den Entwurf definitiv festzusetzen.

— * Eidgen. Schützenfest. Das Zentralcomité des Schweiz. Schützenvereins hat in der Sitzung vom 3. Mai Winterthur als Festort für das eidgen. Schützenfest vom Jahr 1895 gewählt.

Die Abstimmung über den Art. 15 der Statuten, Turnusbestimmung bezüglich des Festorts, wurde verschoben. — Dem eidgen. Interoffiziersfest in Gharda-Parade werden 100 Fr. zugewendet.

— Schweiz. Lehrertag. (* Rom.) Vom Organisationscomité in Zürich sind endgültig der 19. und 20. Juni als Festtage bezeichnet worden. Die Unterhaltungsprogramme müssen wegen der Benutzung der Tonhalle durch die italienische Ausstellung reduziert werden. In der ersten Hauptversammlung wird speziell das Thema: „Bund und Schule“ behandelt werden. Mehrere darüber halten Stadtrat Gros zur Einleitung; es folgen Langgaber von Basel, Alt-Bundesrat Dros, Prof. Gavaud, Genf. Die Ausbreitung des Hochschulerinteresses auf weitere Kreise wird an der zweiten Hauptversammlung Prof. Vogt von Zürich behandeln und in französischer Sprache ein anderer Referent; Jollinger, Basel, spricht über Schule und Friedensbestrebungen.

In Genf tagten sich Zentralcomité und Directorencomité der „Société pédagogique de la Suisse romande“ am letzten Sonntag der Besichtigung geneigt und einverstanden mit den Grundbegriffen, welche die genannten Referenten den Anträgen betr. Bund und Schule zu Grunde legen wollen. Endgültig sollen diese Thesen demnächst redigiert werden.

Eine besondere Kommission ist für die Bankettfrage bestellt worden. Vorläufig nimmt man 1—2 in Aussicht, woran sich ein Konzert des Züricher Lehrergesangvereins schließt mit Seefahrt.

Lucern. * Kaiser-Empfang. Hr. Stadtratpräsident Dr. Geller machte in der Donnerstags-Sitzung des Stadtrates die Mitteilung, daß Hr. Bundespräsident Sghen in dem Dank ausgesprochen habe für alle Anordnungen, welche die Stadt anlässlich des Kaiserbesuchs getroffen hatte. Hr. Sghen lobte dann namentlich die würdige Haltung der Bevölkerung. Ein anderer Mitglied der bundesrätlichen Delegation sagte bei, die Stadt Lucern habe sich um die Eidgenossenschaft verdient gemacht, und keine andere Stadt würde die Aufgabe besser gelöst haben.

— Die „Dilchwey“ denkt mit überaus anerkennenden Worten der Leistung unserer Telegraphisten am „Kaisertag“. Es waren über 70 Blätter vertreten, darunter große deutsche, italienische, englische und amerikanische. Von der Riesennasse von Depeschen und von den Briefendepeschen, die aufgegeben wurden, macht man sich nur schwer einen Begriff. Von 9 Uhr an war das Telegraphenbureau förmlich belagert, und es türnten über 200,000 Worte aufgegeben worden sein. Die Worte sofort oder in den nächsten Stunden zu zählen, war nicht mehr möglich. Damit die Depeschen konnten befördert werden, deponierte man einfach eine runde Summe auf spätere Abrechnung. Die Telegraphisten in Lucern haben ihre Aufgabe gut gelöst, und sie verdienen dafür alle Anerkennung. An solchen Tagen Telegraphie zu sein, ist keine Kleinigkeit; das weiß der Journalist, der Depeschen aller Depeschen an denselben, am besten.

Bezüglich der Zahl der aufgegebenen Worte hat die „Dilchwey“ weit über das Ziel hinaus geschossen. Wie uns mitgeteilt wird, sind in Lucern am Kaisertag 44,700 Worte telegraphisch aufgegeben worden.

— Interwies. (Mittelt.) Letztes Jahr veröffentlichte der „Interverein“ für das Amt Lucern die Wagnersultate einer Anzahl Roth- und Rassenwilder. Diese Publikationen wurden in der lucernischen Interwelt sehr gut angenommen, und mehrfach wurde der Wunsch geäußert, diese Wagnersultate auf den ganzen Kanton ausgedehnt werden. Mit Rücksicht hierauf hat nunmehr der Vorstand des „Roth. Vereins“ Lucern, „Wagnersultate“ dreizehn Wagnersultate